

Allgemeine Verkauf- und Lieferbedingungen

Diese Bedingungen gelten im Geschäftsverkehr zwischen der Luxoplast GmbH (Lieferer) und ihren Kunden (Besteller), in ihrer Tätigkeit als Unternehmer. Sie gelten auch für alle künftigen Geschäfte, selbst wenn sie nicht ausdrücklich vereinbart werden. Es gelten ausschließlich diese Allgemeinen Verkauf- und Lieferbedingungen. Abweichende Bedingungen des Bestellers, die der Lieferer nicht ausdrücklich anerkennt, sind für den Lieferer unverbindlich, auch wenn er ihnen nicht ausdrücklich widerspricht.

I. Vertragsschluß

1. Alle Angebote des Lieferers sind freibleibend, soweit sie nicht als Festangebote bezeichnet sind. Aufträge werden erst durch die Auftragsbestätigung des Lieferers verbindlich. Änderungen und Ergänzungen sollen in Textform erfolgen. Mündlichen Änderungen oder Ergänzungen können nur durch den Geschäftsführer oder einen hierzu schriftlich Bevollmächtigten rechtswirksam erklärt oder zugestimmt werden.

II. Preise

1. Die Preise gelten ohne gesonderte Vereinbarung ab Werk ausschließlich Fracht, Zoll, Einfuhrnebenabgaben und Verpackung zuzüglich Mehrwertsteuer in gesetzlicher Höhe.
2. Ändern sich nach Abgabe des Angebotes oder nach Auftragsbestätigung bis zur Lieferung die maßgebenden Kostenfaktoren wesentlich, so ist der Lieferer berechtigt, auf der Grundlage der ursprünglichen Preiskalkulation die Kostensteigerung anteilig auf den Preis umzulegen, ohne dass er hierdurch einen finanziellen Vorteil erhält.
3. Ist die Abhängigkeit des Preises vom Teilegewicht vereinbart, ergibt sich der endgültige Preis aus dem Gewicht der freigegebenen Ausfallmuster.
4. Der Lieferer ist bei neuen Aufträgen (= Anschlussaufträgen) nicht an vorhergehende Preise gebunden.

III. Liefer- und Abnahmepflicht

1. Lieferfristen beginnen nach Eingang aller für die Ausführung des Auftrages erforderlichen Unterlagen, der Anzahlung und der rechtzeitigen Materialbeistellungen, soweit diese vereinbart wurden. Mit Meldung der Versandbereitschaft gilt die Lieferfrist eingehalten, wenn sich die Versendung ohne Verschulden des Lieferers verzögert oder unmöglich ist.
2. Wird eine vereinbarte Lieferfrist infolge eigenen Verschuldens des Lieferers nicht eingehalten, so ist, falls er nicht grob fahrlässig oder vorsätzlich gehandelt hat, unter Ausschluss weiterer Ansprüche der Besteller nach Ablauf einer angemessenen Nachfrist berechtigt, eine Verzugsentschädigung zu fordern oder vom Vertrag zurückzutreten. Die Verzugsentschädigung ist auf höchstens 5% desjenigen Teils der Lieferung begrenzt, der nicht vertragsgemäß erfolgt ist. Ein Rücktritt ist ausgeschlossen, wenn sich der Besteller selbst in Annahmeverzug befindet. Dem Besteller bleibt der Nachweis eines höheren Schadens vorbehalten.
3. Angemessene Teillieferungen sowie zumutbare Abweichungen von den Bestellmengen bis zu plus/minus 10% sind zulässig.
4. Bei Abrufaufträgen ohne Vereinbarung von Laufzeit, Fertigungslosgrößen und Abnahmeterminen kann der Lieferer spätestens drei Monate nach Auftragsbestätigung eine verbindliche Festlegung hierüber verlangen. Kommt der Besteller diesem Verlangen nicht innerhalb von drei Wochen nach, ist der Lieferer berechtigt, eine zweiwöchige Nachfrist zu setzen und nach deren Ablauf vom Vertrag zurückzutreten und/oder Schadenersatz zu fordern.
5. Erfüllt der Besteller seine Abnahmepflichten nicht, so ist der Lieferer, unbeschadet sonstiger Rechte nicht an die Vorschriften über den Selbsthilfeverkauf gebunden, kann vielmehr den Liefergegenstand nach vorheriger Benachrichtigung des Bestellers freihändig verkaufen.
6. Ereignisse höherer Gewalt berechtigen den Lieferer, die Lieferung um die Dauer der Behinderung und einer angemessenen Anlaufzeit hinauszuschieben, oder wegen des noch nicht erfüllten Teiles vom Vertrag ganz oder teilweise zurückzutreten. Der höheren Gewalt stehen Streik, Aussperrung oder unvorhersehbare, unvermeidbare Umstände, z. B. Betriebsstörungen, gleich, die dem Lieferer die rechtzeitige Lieferung trotz zumutbarer Anstrengungen unmöglich machen; den Nachweis darüber hat der Lieferer zu führen. Dies gilt auch, wenn die vorgenannten Behinderungen während eines Verzuges oder bei einem Unterlieferanten eintreten. Der Besteller kann den Lieferer auffordern, innerhalb von zwei Wochen zu erklären, ob er zurücktreten will, oder innerhalb einer angemessenen Nachfrist liefern will. Erklärt er sich nicht, kann der Besteller vom nicht erfüllten Teil des Vertrages zurücktreten.
7. Der Lieferer wird den Besteller unverzüglich benachrichtigen, wenn eine Lieferverzögerung auf Grund eines Ereignisses gemäß Ziffer 6 eintritt. Er hat Beeinträchtigungen des Bestellers so gering wie möglich zu halten, ggf. durch Herausgabe der Formen für die Dauer der Behinderung.

IV. Verpackung, Versand, Gefahrenübergang und Annahmeverzug

1. Sofern nicht anders vereinbart, wählt der Lieferer Verpackung, Versandart und Versandweg.

2. Die Gefahr geht auch bei frachtfreier Lieferung mit dem Verlassen des Lieferwerkes auf den Besteller über. Bei vom Besteller zu vertretenden Verzögerungen der Absendung geht die Gefahr bereits mit der Mitteilung der Versandbereitschaft über.
3. Auf Verlangen des Bestellers wird die Ware auf seine Kosten gegen von ihm zu bezeichnende Risiken versichert.

V. Eigentumsvorbehalt

1. Die Lieferungen bleiben Eigentum des Lieferers bis zur Erfüllung sämtlicher dem Lieferer gegen den Besteller zustehender Ansprüche, auch wenn der Kaufpreis für besonders bezeichnete Forderungen bezahlt ist. Bei laufender Rechnung gilt das vorbehaltene Eigentum an den Lieferungen (Vorbehaltsware) als Sicherung für die Saldorechnung des Lieferers. Wird im Zusammenhang mit der Bezahlung des Kaufpreises eine wechselfällige Haftung des Lieferers begründet, so erlischt der Eigentumsvorbehalt nicht vor Einlösung des Wechsels durch den Käufer als Bezogenem.
2. Eine Be- oder Verarbeitung durch den Besteller erfolgt unter Ausschluss des Eigentumserwerbs nach § 950 BGB im Auftrag des Lieferers; dieser wird entsprechend dem Verhältnis des Netto-Fakturenwerts seiner Ware zum Netto-Fakturenwert der zu be- oder verarbeitenden Ware Miteigentümer der so entstandenen Sache, die als Vorbehaltsware zur Sicherstellung der Ansprüche des Lieferers gemäß Absatz 1 dient.
3. Bei Verarbeitung (Verbindung/Vermischung) mit anderen, nicht dem Lieferer gehörenden Waren durch den Besteller gelten die Bestimmungen der §§ 947, 948 BGB mit der Folge, dass der Miteigentumsanteil des Lieferers an der neuen Sache nunmehr als Vorbehaltsware im Sinne dieser Bedingungen gilt.
4. Die Weiterveräußerung der Vorbehaltsware ist dem Besteller nur im gewöhnlichen Geschäftsverkehr und unter der Bedingung gestattet, dass er mit seinen Kunden ebenfalls einen Eigentumsvorbehalt gemäß den Absätzen 1 bis 3 vereinbart. Zu anderen Verfügungen über die Vorbehaltsware, insbesondere Verpfändungen und Sicherheitsübereignung, ist der Besteller nicht berechtigt.
5. Für den Fall der Weiterveräußerung tritt der Besteller hiermit schon jetzt bis zur Erfüllung sämtlicher Ansprüche des Lieferers, die ihm aus der Weiterveräußerung entstehenden Forderungen und sonstigen berechtigten Ansprüchen gegen seine Kunden mit allen Nebenrechten an den Lieferer ab. Auf Verlangen des Lieferers ist der Besteller verpflichtet, dem Lieferer unverzüglich alle Auskünfte zu geben und Unterlagen auszuhändigen, die zur Geltendmachung der Rechte des Lieferers gegenüber den Kunden des Bestellers erforderlich sind.
6. Wird die Vorbehaltsware vom Besteller nach Verarbeitung gemäß Absatz 2 und/oder 3 zusammen mit anderen dem Lieferer nicht gehörenden Waren weiterveräußert, so gilt die Abtretung der Kaufpreisforderung gemäß Absatz 5 nur in Höhe des Rechnungswertes der Vorbehaltsware des Lieferers.
7. Übersteigt der Wert der für den Lieferer bestehenden Sicherheiten dessen Gesamtforderungen um mehr als 10%, so ist der Lieferer auf Verlangen des Bestellers insoweit zur Freigabe von Sicherungen nach Wahl des Lieferers verpflichtet.
8. Pfändungen oder Beschlagnahme der Vorbehaltsware von dritter Seite sind dem Lieferer unverzüglich anzuzeigen. Daraus entstehende Interventionskosten gehen in jedem Fall zu Lasten des Bestellers, soweit sie nicht von Dritten getragen sind.
9. Falls der Lieferer nach Maßgabe vorstehender Bestimmungen von seinem Eigentumsvorbehalt durch Zurücknahme von Vorbehaltsware Gebrauch macht, ist er berechtigt, die Ware freihändig zu verkaufen oder versteigern zu lassen. Die Rücknahme der Vorbehaltsware erfolgt zu dem erzielten Erlös, höchstens jedoch zu den vereinbarten Lieferpreisen. Weitergehende Ansprüche auf Schadenersatz, insbesondere entgangenen Gewinn, bleiben vorbehalten.

VI. Mängelhaftung für Sachmängel

1. Maßgebend für Qualität und Ausführung der Erzeugnisse sind die Ausfallmuster, welche dem Besteller auf Wunsch vom Lieferer zur Prüfung vorgelegt werden. Der Hinweis auf technische Normen dient der Leistungsbeschreibung und ist nicht als Beschaffenheitsgarantie auszulegen.
2. Wenn der Lieferer den Besteller außerhalb seiner Vertragsleistung beraten hat, haftet er für die Funktionsfähigkeit und die Eignung des Liefergegenstandes nur bei ausdrücklicher vorheriger Zusage.
3. Mängelrügen sind unverzüglich schriftlich geltend zu machen. Bei versteckten Mängeln ist die Rüge unverzüglich nach Feststellung zu erheben. In beiden Fällen verjähren, soweit nichts anderes vereinbart, alle Mängelansprüche zwölf Monate nach Gefahrenübergang. Soweit das Gesetz gern. § 438 Abs. 1 Nr. 2 BGB, 479 Abs. 1 BGB und § 634a Abs. 1 Nr. 2 BGB längere Fristen zwingend vorschreibt, gelten diese.
4. Bei begründeter Mängelrüge - wobei die vom Besteller schriftlich freigegebenen Ausfallmuster die zu erwartende Qualität und Ausführung bestimmen - ist der Lieferer zur Nacherfüllung verpflichtet. Kommt er dieser Verpflichtung nicht innerhalb angemessener Frist nach oder schlägt eine Nach-

besserung trotz wiederholten Versuchs fehl, ist der Besteller berechtigt, den Kaufpreis zu mindern oder – sofern der Besteller dem Lieferanten angedroht hat, nach Fehlschlagen der Nacherfüllung die Annahme der Leistung zu verweigern - vom Vertrag zurückzutreten. Weitergehende Ansprüche, insbesondere Aufwendungsersatz- oder Schadensersatzansprüche wegen Mangel- oder Mangelfolgeschäden, bestehen nur im Rahmen der Regelungen zu VII. Ersetzte Teile sind auf Verlangen an den Lieferer unfrei zurückzusenden.

5. Eigenmächtiges Nacharbeiten und unsachgemäße Behandlung haben den Verlust aller Mängelansprüche zur Folge. Nur zur Abwehr unverhältnismäßig großer Schäden oder bei Verzug der Mängelbeseitigung durch den Lieferer ist der Besteller berechtigt, nach vorheriger Verständigung des Lieferers nachzubessern und dafür Ersatz der angemessenen Kosten zu verlangen.
6. Verschleiß oder Abnutzung in gewöhnlichem Umfang zieht keine Gewährleistungsansprüche nach sich.
7. Rückgriffsansprüche gem. §§ 478, 479 BGB bestehen nur, sofern die Inanspruchnahme durch den Verbraucher berechtigt war und nur im gesetzlichen Umfang, nicht dagegen für nicht mit dem Lieferer abgestimmte Kulanzregelungen und setzen die Beachtung eigener Pflichten des Rückgriffsberechtigten, insbesondere die Beachtung der Rügeobliegenheiten, voraus.

VII. Allgemeine Haftungsbeschränkungen

In allen Fällen, in denen der Lieferer abweichend von den vorstehenden Bedingungen auf Grund vertraglicher oder gesetzlicher Anspruchsgrundlagen zum Schadens- oder Aufwendungsersatz verpflichtet ist, haftet er nur, soweit ihm, seinen leitenden Angestellten oder Erfüllungsgehilfen Vorsatz, grobe Fahrlässigkeit, oder eine Verletzung von Leben, Körper oder Gesundheit zur Last fällt. Unberührt bleibt die verschuldensunabhängige Haftung nach dem Produkthaftungsgesetz sowie die Haftung für die Erfüllung einer Beschaffenheitsgarantie. Unberührt bleibt auch die Haftung für die schuldhafte Verletzung wesentlicher Vertragspflichten; die Haftung ist insoweit jedoch außer in den Fällen des S. 1 auf den vorhersehbaren, vertragstypischen Schaden beschränkt. Eine Änderung der Beweislast zum Nachteil des Bestellers ist mit den vorstehenden Regelungen nicht verbunden.

VIII. Zahlungsbedingungen

1. Sämtliche Zahlungen sind in € (EURO) ausschließlich an den Lieferer zu leisten.
2. Falls nicht anders vereinbart, ist der Kaufpreis für Lieferungen oder sonstige Leistungen zahlbar mit 2% Skonto innerhalb 14 Tagen sowie ohne Abzug innerhalb 30 Tagen nach Rechnungsdatum. Eine Skontogewährung hat den Ausgleich aller früher fälligen, unstrittigen Rechnungen zur Voraussetzung. Für eventuelle Zahlungen mit Wechsel wird kein Skonto gewährt.
3. Bei Überschreitung des vereinbarten Zahlungstermins werden Zinsen in Höhe des gesetzlichen Zinssatzes von 8 Prozentpunkten über dem jeweiligen Basiszinssatz der EZB berechnet, sofern der Lieferer nicht einen höheren Schaden nachweist. Dem Besteller bleibt der Nachweis eines niedrigeren Schadens vorbehalten.
4. Die Ablehnung von Schecks und Wechseln bleibt vorbehalten. Schecks und rediskontfähige Wechsel werden nur erfüllungshalber angenommen, sämtliche damit verbundenen Kosten gehen zu Lasten des Bestellers.
5. Der Besteller kann nur aufrechnen oder ein Zurückbehaltungsrecht geltend machen, wenn seine Forderungen unbestritten oder rechtskräftig festgestellt sind.
Bei Zahlungsverzug des Bestellers ist der Lieferant berechtigt, sämtliche Lieferungen oder Leistungen bis zur vollständigen Zahlung zurückzuhalten.
6. Die nachhaltige Nichteinhaltung von Zahlungsbedingungen oder Umstände, welche ernste Zweifel an der Kreditwürdigkeit des Bestellers begründen, haben die sofortige Fälligkeit aller Forderungen des Lieferers zur Folge. Darüber hinaus ist der Lieferer in diesem Fall berechtigt, für noch offenstehende Lieferungen Vorauszahlungen zu verlangen sowie nach erfolglosem Ablauf einer angemessener Frist vom Vertrag zurückzutreten.

IX. Formen (Werkzeuge)

1. Der Preis für Formen enthält auch die Kosten für einmalige Bemusterung, nicht jedoch die Kosten für Prüf- und Bearbeitungsvorrichtungen sowie für vom Besteller veranlasste Änderungen. Kosten für weitere Bemusterungen, die der Lieferer zu vertreten hat, gehen zu seinen Lasten.
2. Sofern nicht anders vereinbart, ist und bleibt der Lieferer Eigentümer der für den Besteller durch den Lieferer selbst oder einen von ihm beauftragten Dritten hergestellten Formen. Formen werden nur für Aufträge des Bestellers verwendet, solange der Besteller seinen Zahlungs- und Abnahmeverpflichtungen nachkommt. Der Lieferer ist nur dann zum kostenlosen Ersatz dieser Formen verpflichtet, wenn diese zur Erfüllung einer dem Besteller zugesicherten Ausbringungsmenge erforderlich sind. Die Verpflichtung des Lieferers zur Aufbewahrung erlischt zwei Jahre nach der letzten Teile- Lieferung aus der Form und vorheriger Benachrichtigung des Bestellers.
3. Soll vereinbarungsgemäß der Besteller Eigentümer der Formen werden, geht das Eigentum nach vollständiger Zahlung des Kaufpreises für sie auf ihn über. Die Übergabe der Formen an den Be-

steller wird durch die Aufbewahrung zugunsten des Bestellers ersetzt. Unabhängig von dem gesetzlichen Herausgabeanspruch des Bestellers und von der Lebensdauer der Formen ist der Lieferer bis zur Beendigung des Vertrages zu ihrem ausschließlichen Besitz berechtigt. Der Lieferer hat die Formen als Fremdeigentum zu kennzeichnen und auf Verlangen des Bestellers auf dessen Kosten zu versichern.

4. Bei bestellereigenen Formen gemäß Absatz 3 und/oder vom Besteller leihweise zur Verfügung gestellten Formen beschränkt sich die Haftung des Lieferers bezüglich Aufbewahrung und Pflege auf die Sorgfalt wie in eigenen Angelegenheiten. Kosten für die Wartung und Versicherung trägt der Besteller. Die Verpflichtungen des Lieferers erlöschen, wenn nach Erledigung des Auftrages und entsprechender Aufforderung der Besteller die Formen nicht binnen angemessener Frist abholt. Solange der Besteller seinen vertraglichen Verpflichtungen nicht in vollem Umfang nachgekommen ist, steht dem Lieferer in jedem Fall ein Zurückbehaltungsrecht an den Formen zu.

X. Materialbeistellungen

1. Werden Materialien vom Besteller geliefert, so sind sie auf seine Kosten und Gefahr mit einem angemessenen Mengenzuschlag von mindestens 5% rechtzeitig und in einwandfreier Beschaffenheit anzuliefern.
2. Bei Nichterfüllung dieser Voraussetzungen verlängert sich die Lieferzeit angemessen. Außer in Fällen höherer Gewalt trägt der Besteller die entstehenden Mehrkosten auch für Fertigungsunterbrechungen.

XI. Gewerbliche Schutzrechte und Rechtsmängel

1. Hat der Lieferer nach Zeichnungen, Modellen, Mustern oder unter Verwendung von beigegebenen Teilen des Bestellers zu liefern, so steht der Besteller dafür ein, dass Schutzrechte Dritter im Bestimmungsland der Ware hierdurch nicht verletzt werden. Der Lieferer wird den Besteller auf ihm bekannte Rechte hinweisen. Der Besteller hat den Lieferer von Ansprüchen Dritter freizustellen und den Ersatz des entstandenen Schadens zu leisten. Wird diesem die Herstellung oder Lieferung von einem Dritten unter Berufung auf ein ihm gehöriges Schutzrecht untersagt, so ist der Lieferer - ohne Prüfung der Rechtslage - berechtigt, die Arbeiten bis zur Klärung der Rechtslage durch den Besteller und den Dritten einzustellen. Sollte dem Lieferer durch die Verzögerung die Weiterführung des Auftrages nicht mehr zumutbar sein, so ist er zum Rücktritt berechtigt.
2. Dem Lieferer überlassene Zeichnungen und Muster, die nicht zum Auftrag geführt haben, werden auf Wunsch zurückgesandt; sonst ist er berechtigt, sie drei Monate nach Abgabe des Angebotes zu vernichten. Diese Verpflichtung gilt für den Besteller entsprechend. Der zur Vernichtung Berechtigte hat den Vertragspartner von seiner Vernichtungsabsicht rechtzeitig vorher zu informieren.
3. Dem Lieferer stehen die Urheber- und ggf. gewerbliche Schutzrechte, insbesondere alle Nutzungs- und Verwertungsrechte an den von ihm oder von Dritten in seinem Auftrag gestalteten Modellen, Formen und Vorrichtungen, Entwürfen und Zeichnungen zu.
4. Sollten sonstige Rechtsmängel vorliegen, gilt für diese Nr. VI. entsprechend.

XII. Erfüllungsort und Gerichtsstand

1. Vereinbarter Gerichtsstand und Erfüllungsort ist, wenn der Besteller Kaufmann, eine juristische Person des öffentlichen Rechts oder öffentlich-rechtliches Sondervermögen ist, bei allen auf dem Vertragsverhältnis mittelbar oder unmittelbar sich ergebenden Streitigkeiten die Niederlassung des Lieferers.
2. Für die vertraglichen Beziehungen gilt deutsches Recht unter Ausschluss des UN-Kaufrechts.

Stand: Juli 2006
Luxoplast GmbH
Wernher-von-Braun-Str. 3
84539 Ampfing

Registergericht: Traunstein
Amtsgericht: Mühldorf am Inn
Landgericht: Traunstein

General Conditions of Sale and Delivery

These conditions apply to the business dealings between the Luxoplast GmbH (the "Supplier") and its customers (the "Buyer") in its activities as an entrepreneur. They also apply to all future business even if they are not expressly agreed on. These general conditions of sale and delivery apply exclusively. Deviating conditions of the Buyer, which the Supplier has not expressly accepted, are not binding for the Supplier even if it does not expressly object to these.

I. Conclusion of Agreement

1. All offers of the Supplier are subject to change if they are not designated as firm offers. Orders only become binding after acceptance of the order by the Supplier. Changes and amendments are to be made in text form. Verbal changes and amendments can only be declared to be legally effective or approved by the general manager or a representative, which has been authorized for this in writing.

II. Prices

1. The prices apply without any special agreement ex works not including freight, customs, ancillary import charges and packaging plus the value-added tax in the legal amount.
2. If after the submission of the offer or the acceptance of the order and up to the delivery, the definitive cost factors change significantly then the Supplier is entitled to prorate the cost increase to the price based on the original price calculation, but this is not to result in a financial advantage for the supplier.
3. If the dependency of the price on the weight of the part is agreed on, then the final price is derived from the weight of the type samples, which have been released.
4. For new orders (follow-up orders), the Supplier is not bound to the previous prices.

III. Obligation to Deliver and to Take Delivery

1. Delivery periods start after the receipt of all documents, which are required for the execution of the order, the advance payment and the timely provision of materials if this has been agreed on. The notification that the order is ready for shipment is considered to satisfy the delivery period if without any blame on the part of the Supplier, the shipment is delayed or is impossible.
2. If a delivery period, which has been agreed on, is not met as a result of the fault of the Supplier, then if the Supplier's actions were not due to gross negligence or intentional the Buyer under the exclusion of additional claims is entitled after the expiration of an additional reasonable period of time to demand compensation for damage resulting from delay or to withdraw from the agreement. The compensation for damage resulting from delay is limited to a maximum of five percent of that part of the delivery, which was not made in accordance with the agreement. Withdrawal is excluded if the Buyer itself was in default of acceptance. The Buyer reserves the right to show higher damages.
3. Reasonable partial deliveries and acceptable deviations from the quantities ordered up to a plus or minus 10 percent are permitted.
4. For call orders without an agreement on the term, production batch sizes and acceptance dates, the Supplier can demand a binding determination on this no later than three months after the acceptance of the order. If the Buyer does not satisfy this demand within three weeks then the Supplier is entitled to set a two-week additional period of time and after this expires to withdraw from the agreement and/or to demand compensation.
5. If the Buyer does not fulfill his obligation to accept delivery then the Supplier, regardless of other rights, is not bound by the regulations concerning self-help sale and can on the contrary sell the delivery item based on free negotiations after prior notification of the Buyer.
6. Events of force majeure entitle the Supplier to delay the delivery for the duration of the hindrance and for a reasonable start-up period or with respect to the part, which was not fulfilled, to withdraw either entirely or partially from the agreement. Strikes, lockouts or unforeseeable, unavoidable circumstances such as interruptions of operations are equivalent to force majeure, which make it impossible for the Supplier to make a timely delivery in spite of reasonable efforts; and the Supplier is to provide the proof of this. This also applies when the above hindrances occur during a default or at a subcontractor. The Buyer can demand that the Supplier declare within two weeks if he wants to withdraw or wants to deliver within a reasonable additional time period. If the Supplier does not make a declaration then the Buyer may withdraw from the unfulfilled part of the agreement.
7. The Supplier is to promptly notify the Buyer if delay in delivery occurs based on an event according to section III.6. The Supplier is to keep impairments of the Buyer as low as possible and, if appropriate, to surrender the forms for the duration of the hindrance.

IV. Packaging, Shipping, Passing of Risk and Default in Acceptance

1. If nothing to the contrary was agreed on, the Supplier is to select the packaging, type of shipment and the shipping route.

2. The risk passes to the Buyer upon leaving the supplying plant including for deliveries, for which the freight is prepaid. For delays, for which the Buyer is responsible, of shipping, the risk passes with the notification that the order is ready for shipment.
3. Upon a demand from the Buyer, the goods are to be insured at his costs against those risks, which the Buyer is to designate.

V. Retention of Title

1. The deliveries remain the property of the Supplier until the fulfillment of all of the claims, to which the Supplier is entitled against the Buyer, even if the purchase price for specially designated claims has been paid. For an open account, the retention of title to the deliveries (conditional goods) is considered to be security for the settlement of the invoice of the Supplier. If in connection with the payment of the purchase price, the Supplier has liability based on a bill of exchange then the retention of title does not expire before redemption of the bill of exchange by the Buyer as the drawee.
2. Any machining or processing by the Buyer is done under the exclusion of the acquisition of ownership according to section 950 of the Civil Code on behalf of the Supplier. The Supplier becomes the coowner according to the relation of the net invoice value of his goods to the net invoice value of the goods, which are to be machined or processed, of the item, which then exists and serves as conditional goods for the safeguarding of the claims of the Supplier according to section V.1.
3. The provisions of sections 947 and 948 of the Civil Code apply to the processing (connection, mixing) with other goods, which do not belong to the Supplier, by the Buyer with the result that the coownership part of the Supplier to the new thing is now considered to be conditional goods within the meaning of these conditions.
4. The Buyer is only permitted to resell the conditional goods in the ordinary course of business and under the condition that the Buyer also makes an agreement with his customers on the retention of title according to sections V.1 to V.3. The Buyer is not entitled to other disposals over the conditional goods and in particular pledging and transfer of ownership as security.
5. For the case of reselling and until the fulfillment of all claims of the Supplier, the Buyer herewith assigns the claims, to which the Buyer is entitled from the reselling, and other justified claims against the Buyer's customers with all subsidiary rights to the Supplier. Upon a demand from the Supplier, the Buyer shall promptly provide all information and documents, which are required to assert the rights of the Supplier against the customers of the Buyer, to the Supplier.
6. If the Buyer resells the conditional goods after processing according to sections V.2 and/or V.3 together with other goods, which do not belong to the Supplier, then the assignment of the purchase price claim according to section V.5 only applies in the amount of the invoice value of the conditional goods of the Supplier.
7. If the value of the securities, which are provided for the Supplier, exceeds the total claims of the Supplier by more than 10 percent then upon a request from the Buyer, the Supplier is to release securities according to the choice of the Supplier to this extent.
8. Seizures and/or attachments of the conditional goods by a third party are to be promptly reported to the Supplier. Intervention costs, which arise from this, are to be borne by the Buyer in any case to the extent that they are not borne by a third party.
9. If the Supplier makes use of his retention of title according to the above provisions by the taking back of the conditional goods then he is entitled to freely negotiate the sale of the goods or to have them auctioned off based on free negotiations. The taking back of the conditional goods is to be at the proceeds achieved, but at the maximum the delivery prices, which were agreed on. Additional claims for compensation and in particular for lost profit are reserved.

VI. Liability for Redhibitory Defects

1. Definitive for the quality and design of the products are the type samples, which are to be provided to the Buyer upon his request by the Supplier for examination. Reference to technical standards serves as a specification of services and is not to be interpreted as a characteristics guarantee.
2. If the Supplier has provided consulting services to the Buyer outside of his contractual service, then the Supplier is liable for the proper functioning and the suitability of the delivery item only in the case of prior express guarantee.
3. Notifications of defects are to be promptly asserted in writing. In the case of hidden defects, the notification of defects is to be made promptly after discovery of such defects. In both cases, all warranty claims, if nothing to the contrary was agreed on, are barred by the statute of limitations 12 months after the passing of risk. To the extent that the law according to section 438.1 No. 2 of the Civil Code, 479.1 of the Civil Code and section 634.a.1 No. 2 of the Civil Code prescribes longer time limits then these apply.

4. In the case of justified complaints about defects, whereby the type samples, which are released in writing by the Buyer, determine the expected quality and design, the Supplier is required to provide subsequent fulfillment. If he does not fulfill this obligation within a reasonable period of time or if the subsequent improvement fails in spite of a repeated attempt, then the Buyer is entitled to reduce the purchase price or may withdraw from the agreement if the Buyer has threatened the Supplier to refuse the acceptance of the service after failures of the subsequent fulfillment. Additional claims and in particular claims for reimbursement for expenses incurred and claims for damages due to a defect or consequential damages only exist within the scope of the provisions for VII. Upon demand, replaced parts are to be sent freight collect back to the Supplier.
5. Unauthorized reworking and improper handling result in the loss of all warranty claims. The Buyer is only entitled after prior notification of the Supplier to remedy a defect and to demand reimbursement for reasonable costs for this if this is necessary to avoid disproportionate damage or in the case of delay of the remedying of defects by the Supplier.
6. Wear or abrasion of a normal amount does not justify any warranty claims.
7. Claims under a right of recourse according to sections 478 and 479 of the Civil Code are only valid if the use by the consumer was justified and only within the legal scope, however, not for fair dealing provisions, which were not agreed on with the Supplier, and presume the observation of one's own obligations for the person authorized a right of recourse and in particular the observation of the requirement to make a complaint about a defect immediately upon the receipt of the goods.

VII. General Liability Limitations

In all cases, in which the Supplier in deviation from the above conditions is obligated to provide compensation or reimbursement of expenses incurred due to a contractual or statutory basis for the claim, the Supplier is only liable to the extent that he, his executive personnel or vicarious agents are to blame for wrongful intent, gross negligence, loss of life, bodily injury or harm to health. The no-fault liability according to the Product Liability Law and the liability for the fulfillment of a characteristics guarantee remain unaffected. The liability for the culpable breach of material contract obligations is also not affected, however, the liability in this respect is limited to the foreseeable contract-typical damage except in the cases in sentence 1. A change to the burden of proof to the disadvantage of the Buyer is not connected with the above provisions.

VIII. Terms of Payment

1. All payments are to be paid in euros exclusively to the Supplier.
2. If nothing to the contrary is agreed on, the purchase price for deliveries or other services is to be paid with a two percent discount within 14 days and without deduction within 30 days after the invoice date. The granting of a discount requires that all previous undisputed invoices, which were due, have been paid. For any payments with a bill of exchange no discount is to be granted.
3. If a payment date, which is agreed on, is exceeded, then interest is to be charged in the amount of the statutory interest rate of eight percentage points above the base interest rate of the ECB if the Supplier does not prove higher damages. The Buyer reserves the right to prove lower damages.
4. The right to reject checks or bills of exchange is reserved. Checks and eligible bills are only accepted as conditional payment and all costs associated with this are to be borne by the Buyer.
5. The Buyer may only off set or assert a right of retention if his claims are undisputed or non-appealable. In the case of default of payment of the Buyer, the Supplier is entitled to hold back all deliveries or services until complete payment.
6. The continued failure to observe the terms of payment or circumstances, which justify serious doubts about the credit worthiness of the Buyer is to result in all claims of the Supplier being immediately due for payment. In addition in this case, the Supplier is entitled to demand advance payments for open deliveries and after the expiration of a reasonable time limit to withdraw from the agreement.

IX. Forms (Tools)

1. The price for the forms also contains the costs for the one-time sampling, however, this does not include the costs for testing and machining devices and for changes, which have been initiated by the Buyer. Costs for additional samplings, for which the Supplier is responsible, are to be borne by the Supplier.
2. If nothing to the contrary is agreed on, then the Supplier is and remains the owner of the forms, which are produced by the Supplier or by a third party, which is commissioned by the Supplier, for the Buyer. Forms are only to be used for orders from the Buyer as long as the Buyer fulfills his payment and acceptance obligations. The Supplier is only required to replace the forms at no cost if these are required for the fulfillment of a production amount, which was promised to the Buyer. The obligation of the Supplier to keep in safe custody expires two years after the last parts delivery from the form and previous notification of the Buyer.
3. If according to the agreement, the Buyer is to become the owner of the forms, the ownership passes to him after the complete payment of the purchase price for these. The delivery of

possession of the forms to the Buyer is to be replaced by the storage for the Buyer. Regardless of the legal claim for surrender of the Buyer and of the service life of the forms, the Supplier is entitled to the exclusive possession of these until the end of the agreement. The Supplier is to mark the forms as third party property and upon a demand from the Buyer to insure these at the cost of the Buyer.

4. For forms, which belong to the Buyer according to section IX.3 and/or forms, which are loaned by the Buyer, the liability of the Supplier concerning the storage and care is limited to the care as in one's own matters. Costs for the servicing and insurance are to be borne by the Buyer. The obligations of the Supplier expire if after the fulfillment of the order and a corresponding demand, the Buyer does not pick up the forms within a reasonable time limit. As long as the Buyer has not fulfilled his contractual obligations to the full extent, the Supplier is entitled to a right of retention of the forms in any case.

X. Provision of Materials

1. If materials are delivered by the Buyer then they are to be delivered at his costs and risk with a reasonable volume surcharge of at least five percent and these are to be delivered on time and with quality, which is free of defects.
2. If these prerequisites are not fulfilled then the delivery time is to be extended accordingly. Except in cases of force majeure, the Buyer is to bear the additional costs including for interruptions in production.

XI. Industrial Property Rights and Defects of Title

1. If the Supplier is to make delivery according to drawings, models and samples or using parts, which are provided by the Buyer, then the Buyer is responsible for insuring that protective rights of any third party in the destination country are not violated by this. The Supplier is to inform the Buyer about rights, which are known to the Supplier. The Buyer is to indemnify the Supplier against claims of any third party and to provide compensation for damages incurred. If the Supplier is forbidden to produce or deliver by a third party based on a protective right, which belongs to this party, then the Supplier is—without any examination of the legal situation—entitled to discontinue the work until clarification of the legal situation by the Buyer and the third party. If it cannot be reasonably expected that the Supplier continue with the order due to the delay then the Supplier is entitled to withdraw.
2. The drawings and samples, which were provided to the Supplier and did not lead to an order, are upon request to be returned, otherwise the Supplier is entitled to destroy them three months after the submission of the offer. This obligation applies to the Buyer accordingly. The person, who is entitled to make such destruction, is to inform the party of his intent to destroy in advance in a timely manner.
3. The Supplier is entitled to the copyright and, if appropriate, industrial property rights and in particular all usufructuary rights and rights of exploitation to the models, forms and devices, designs and drawings, which were made by the Supplier or a third party on his behalf.
4. If other defects of title exist then number VI applies to these accordingly.

XII. Place of Performance and Venue

1. If the Buyer is a businessman, a legal entity under public law or a public law special fund, the venue and the place of performance is the branch establishment of the Supplier for all disputes, which result either directly or indirectly from the contractual relations.
2. German law applies to the contractual relations with the exclusion of the United Nations Convention on Contracts for the International Sale of Goods (CISG).

Status as of July 2006
Luxoplast GmbH
Wernher-von-Braun-Str. 3
84539 Ampfing

Traunstein Registration Court
Mühldorf am Inn Municipal Court
Traunstein Regional Court